

werden beim Verlag und dessen  
bekanntem Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Werte (Schickung nach):  
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt  
der Reichs-Verlag)  
Mk. 2.75 für Österreich (direkt  
der Reichs-Verlag)  
Mk. 2. — für alle übrigen Länder  
des Westeuropas (Kontingente).

Inserate

die billigste und wirksamste  
Anzeige in 1/2 Sp. — 20 Gr.

# Der Sozialdemokrat

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erstausgabe  
wöchentlich einmal  
in  
London,  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.,  
E. Barnstein & Co., London N. W.,  
114 Kentish Town Road.

Postfranzosen  
Franko gegen Franko.  
Schiedsrichterliche  
224 England's Post Office.  
—

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Diskretion abgeben lassen. In der Regel sollte man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In postfachlichen Fällen einzuschließen.

### Ueber Parteifragen.

III.

Am Montag den 25. August hat eine große Volksversammlung in Berlin, in der Bebel referierte und auf alle ihm und der Parteivertretung gemachten Vorwürfe eingehend antwortete, mit etwa viertausend gegen höchstens einige hundert Stimmen folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung erklärt, die von verschiedenen Seiten aufgestellte Behauptung, die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion sei korrupt, sei das Bestreben, die Partei zu verzerren und sei bestrebt, die freie Meinungsäußerung in der Parteipresse zu unterdrücken, für eine durch nichts bewiesene schwere Beleidigung der Fraktion, beziehentlich der Parteileitung. Die Versammlung erklärt ferner die gegen die bisherige parlamentarische Tätigkeit der Fraktion gerichteten Angriffe für ungerichtet. Die Versammlung ermahnt die Parteigenossen, jede persönliche Polemik in der Presse und Versammlungen einzustellen, um die Streitfragen der Entscheidung des Parteitag zu unterbreiten.

Der Andrang der Berliner Genossen zu jener Versammlung war ein enormer, schon um halb 5 Uhr Nachmittag war der weite Saal der Lippschen Brauerei überfüllt, und die Zahl Derer, die keinen Zutritt fanden, belief sich auf über Zehntausend. Von welcher Stimmung diese Massen befeuert waren, geht daraus hervor, daß sobald sie Bebel ansichtig wurden, sie in ein donnerndes Bravorufen ausbrachen, das gar kein Ende nehmen wollte. Mit knapper Mühe konnte Bebel verhindern, daß man ihn in das Versammlungsort trug. Und dieselben Szenen wiederholten sich im Saal, während andererseits die Wortführer der Opposition große Mühe hatten, sich Gehör zu verschaffen, oder vielmehr, es große Mühe kostete, den Wortführern der Opposition Gehör zu verschaffen. Zum Glück gelang es, aber die Erbitterung der Masse machte sich in zahllosen stürmischen Unterbrechungen Luft.

Wir stellen das fest, nicht weil wir daraus den Beweis herzuleiten gedenken, daß die Fraktion in allen Fragen Recht und die Opponenten in allen Fragen Unrecht haben, sondern weil wir in dieser Demonstration des Grotes der Berliner Arbeiterschaft einen die in höchsten Grade ehrenden Protest erblicken, einen Protest gegen die unwürdigen Verdächtigungen und Beschimpfungen, mit denen man eine Reihe bewährter und verdienter Genossen zu überschütten gesucht hat.

Diejenigen, gegen die er sich gerichtet, haben diesen Protest mit dem Wort „Personenkultus“ abtun zu können geglaubt. Das ist ein sehr bequemes Wort, beweist aber recht wenig. Personenkultus hin, Personenkultus her — es wäre sehr traurig um die Sozialdemokratie bestellt, wenn sie ihre verdientesten Vorkämpfer ruhiger Mutes durch den Koth schleifen ließe. Das würde nicht zur Reinigung, das würde im Gegenteil erst zur Korruption des Parteilebens führen. Wer sich die Behandlung als Lump gefallen läßt, der ist schon auf dem Wege zur Verklumpung, und wenn eine Partei Ehrenmänner an ihrer Spitze sehen will, dann muß sie ihre Vertreter auch als Ehrenmänner behandeln, solange nicht der Beweis erbracht ist, daß sie dieser Behandlung unwürdig sind. Diesen Beweis ist ihr aber die „Opposition“ bis zum heutigen Tage schuldig geblieben. Ueber ganz allgemeine Redensarten hinaus hat sie es nicht gebracht.

Daß kein Mensch unfehlbar, daß der beste Mensch nicht ohne Fehler ist, um diese banale Wahrheit den Genossen mitzuteilen, dazu brauchte es des Dr. Wille und seiner Freunde wahrlich nicht. Wir sind überzeugt, nicht ein Einziger von den Tausenden, die Bebel jubelt, hat mit seinen Beifallsbezeugungen etwas Anderes ausdrücken wollen, als das Vertrauen in den Ehrlichen Willen und die Anerkennung für die tüchtigen Leistungen des bewährten Genossen; daß sie sich damit Bebel gegenüber ihres eignen Urtheils begeben haben, das kann nur Verblöndtheit und Verbohrtheit ihnen unterstellen. Und nur Verblöndtheit und Verbohrtheit kann sich gegen die politische Lehre verschließen, die sich aus dieser Demonstration der sozialistischen Arbeiterschaft Berlins ergibt.

Wir sind keine blinden Mehrheitsanbeter — wie der Einzelne, kann auch die Masse irren. Aber ebensowenig sind wir Verächter der Mehrheit, selbst dann, wenn dieselbe sich gegen uns wendet. Die Mehrheit hat zum Mindesten Anspruch darauf, daß man ihre Kundgebungen achtet und sich über ihre Bedeutung klar zu werden sucht. Es wird nun Niemand behaupten wollen, daß die Mehrheit in jener Versammlung durch Bebel's Redegewandtheit zu ihrer Stellungnahme veranlaßt worden sei. Ihr Urtheil war vielmehr bereits gesprochen, noch ehe Bebel die Tribüne bestiegen hatte, und bis dahin hatten in Berliner Versammlungen grade die Vertreter der Opposition das große Wort geführt. Ebenso kann Niemand bestreiten, daß es Sozialdemokraten waren, welche sich zu jener Versammlung eingefunden. Die große Masse der Berliner Sozialdemokratie hat am 25. August ganz unzweideutig bekundet, daß sie mit jener Richtung, welche die Wille, Wilsberger, Wagnisky, Werner repräsentieren, nicht einverstanden ist. Es ist das beiläufig nicht das erste Mal, daß sie das gethan. Wir erinnern nur an die sehr beachtlichen Vorkommnisse bei den letzten Stadtverordnetenwahlen. Nun sagen wir noch einmal, die Masse kann irren und die Minderheit kann Recht haben. Aber die Minderheit soll sich nicht einbilden, daß weil sie Minderheit sei, sie deshalb auch die höhere Einsicht repräsentiere. Die Sozialdemokratie,

als die Partei des arbeitenden Volkes, muß danach streben, in stetem engen Kontakt mit der Masse zu bleiben. In diesem Sinne gilt für sie, was der Dichter des Tell dem alten Attinghaufen in den Mund legt:

„Hier sind die starken Burgen Deiner Kraft.“

Es hat viel Mühe und aufreibende Arbeit gekostet, bis die deutsche Sozialdemokratie es dahin gebracht hat, tatsächlich die Partei der Klassenbewußten deutschen Arbeiter zu sein, von ihnen als der natürliche Anwalt ihrer Interessen anerkannt zu werden, und es liegt kein Grund vor, dieses Verhältnis zu lösen. Es würde aber sofort wieder aufhören, wenn die Partei statt praktischer Politik Sektirerei treiben wollte. Gelänge es, dies zu erreichen, dann hätten unsere Feinde gewonnenes Spiel, und tatsächlich ist denn auch ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet. Zu verhindern, daß es ihnen je gelingt, muß der leitende Gedanke unserer Taktik sein. Das verlangt nicht, daß wir uns zum blinden Werkzeug der Massen hergeben, und willenlos von ihnen treiben lassen sollen, aber es bedeutet, daß wir in ihrem Verhalten den Prüfling zu suchen haben, der uns anzeigt, ob wir auf dem rechten Wege sind. Ganz besonders gilt das in der negativen Richtung. Wenn die Massen das Mitgehen verweigern, so können wir in 9 von 10 Fällen sicher sein, daß nicht sie, sondern wir im Unrecht sind.

Angenehmer, als sich das einzugesehen und dementsprechend es einmal mit der Selbstkritik zu versuchen, ist es freilich, über „Autoritätenkultus“ zu philosophieren oder gar, wie es einer der Wortführer der Opposition that, von einer „sozialdemokratischen Hurrah-Kanaille“ zu reden. Wer sich aber über seine Eitelkeit hinwegzusetzen vermag, wird das Erstere vorziehen, zum eigenen Vortheil und zum Nutzen der allgemeinen Sache.

Speziell Dr. Wille mag sich einmal die Frage vorlegen, ob die Arbeiter nicht durchaus vernünftig handeln, wenn sie es ablehnen, Politikern zu folgen, die da erklärten, beim Zusammentritt der Arbeiterkongresskonferenz der Regierungen Muthlosigkeit empfunden zu haben. Und Muthlosigkeit wovon? Daß die Konferenz zu Reformmaßnahmen führen möchte, die wirklich eine Verbesserung der Lage der Arbeiter bedeuten, die Arbeiter zufrieden machen könnten. Welches geringe Vertrauen in die Sache des Sozialismus müssen Diejenigen empfinden, die solcher Furcht zugänglich sind. Wir sagen vielmehr: Wenn der Sozialismus durch Reformen abgewendet werden kann, so geschieht ihm nur Recht, wenn er abgewendet wird. Nicht einem phantastischen Zukunftsbild zu Liebe sind wir Sozialisten, sondern auf Grund der gewonnenen Erkenntnis, daß nur wenn an Stelle der heutigen Produktionsanarchie die gesellschaftliche Regelung der Produktion tritt, es möglich sein wird, Elend und Unterdrückung dauernd aus der Welt zu schaffen. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht heute schon sehr viel geschehen kann, um die Lage der Arbeiter wenigstens einigermaßen besser zu stellen, und weil dies der Fall, so verlangen wir es auch. Wir muthen den Arbeitern nicht zu, ihre Gegenwart der Zukunft zu opfern, den Sperling in der Hand fliegen zu lassen, um der Taube nachzujagen, sondern sagen: der Sperling und die Taube. Das ist eine Politik, die die Arbeiter verstehen, jeder andern würden sie den Rücken kehren. In dieser Hinsicht ist das Ergebnis der Volksversammlung vom 25. August gar nicht zu verstehen.

Und mit diesen beiden Feststellungen erschöpft sich auch nach unserer Ansicht die Bedeutung der Volksversammlung vom 25. August: Protest gegen die Verdächtigung und Beschimpfung erprobter Vorkämpfer der Arbeiterschaft und Demonstration für die bisherige Taktik der deutschen Sozialdemokratie.

Wenn Seitens der Opposition — in der „Sächs. Arbeiterztg.“ — nachträglich an der Versammlung herumgemäkelt und unterstellt wird, es seien nicht Alle hineingekommen, die bei den Abstimmungen ein Wort mitzusprechen hatten und nicht alle Anwesenden abstimmungsberechtigt gewesen, so ist das ein Verfahren, das keiner weiteren Beurtheilung bedarf. Es muß aber daran erinnert werden, daß auf die Mittheilung, daß in Dresden nur die als aktiv thätig bekannten Genossen zur Besprechung der Parteistreitigkeiten eingeladen worden waren, gerade Dr. Wille und seine Freunde lauten Protest gegen diese Art der Einberufung eingelegt (Der Protest figurirt auch unter den von Dr. Wille zusammengestellten Beschwerdepunkten) und erklärt hatten, nur eine öffentliche Versammlung, zu der ein jeder Genosse freien Zutritt habe, könne als maßgebend anerkannt werden. Wohl in Magdeburg und Berlin haben solche öffentliche Versammlungen gesprochen und ihr Urtheil war dasselbe wie das der Dresdener Versammlung. Wir verlangen von Niemand, daß er deshalb seine Ueberzeugung aufgibt, aber jetzt wieder gegen diese Versammlungen sich wenden und auch ihre Kompetenz bestreiten, das ist unehrlich.

Wir würden nun diese Artikel abschließen können, da auch wir gern dem Wunsch der oben erwähnten Versammlung nachkommen und die weitere Erörterung der inneren Parteianglegenheiten dem Kongress überlassen; es sei uns jedoch gestattet, hier noch einen Satz aus dem trefflichen Artikel der „Wiener Arbeiterztg.“ über die „Neuorganisation der deutschen Sozialdemokratie“ folgen zu lassen, der sich in ebenso

ruhiger wie sachgemäßer Weise über die Stellung der Presse innerhalb der sozialdemokratischen Partei äußert.

Derselbe lautet:

„Der dritte Punkt, der vielleicht am lebhaftesten einige Gemüther erregte, war die Kontrolle der Parteipresse. Wie gesehen, daß wir dieser Diskussion vollständig verständnißlos gegenüberstehen. Die Bestimmung lautet: „Er (der Parteivorstand) kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteipresse.“ Daß eine Partei, die im Kampfe steht, deren Blätter Kampfbücher und nicht Geschäftsbücher unternehmen wie die Bourgeoiszeitungen sind, für die Haltung ihrer Presse verantwortlich ist, bedarf doch keiner näheren Ausführung. Daß die Partei damit das Recht haben muß, jederzeit zu prüfen, ob ihre Presse auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, versteht sich von selbst; daß die Partei diese Pflicht aber nur durch irgend ein Organ, also den Parteivorstand oder eine besonders bestimmte Kommission, ausüben kann, ist ebenfalls klar. Was das mit der Beschränkung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei zu thun haben soll, verstehen wir einfach nicht. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, zu konstatiren, daß dieses oder jenes Blatt prinzipiell nicht auf dem Boden der Partei steht. Damit wird weder dem Parteivorstand noch seinen Mitarbeitern ein Haar gekrümmt, es wird nur konstatirt, daß es nicht zur Partei gehört. Nach auch wird irgend einer Meinung, und welche sie von jener der Majorität der Partei oder der des Parteivorstandes noch so sehr ab, im mindesten die freie Meinungsäußerung verkleinert, so lange sich diese Meinung auf dem Boden des Parteiprogramms bewegt. Daß es aber „demokratisch“ sei, zu denken, daß irgendwelche Kräfte, die prinzipiell mit dem Parteiprogramm in Widerspruch stehen, sich es aus Mißverständnis oder aus Berechnung von gemäßigter Seite, unter der Flagge eines Organs der Sozialdemokratie vorgetragen werde, ohne dagegen einzusehen und wirksamen Widerspruch zu erheben, das will uns nicht in den Sinn, dafür haben wir nicht das geringste Verständniß. Wir werden jede ehrliche Meinung respektiren, aber geradezu eine Prämie darauf zu setzen, daß uns Gegner Kukulzeiler in's eigene Nest schieben, was heutzutage, wo bekanntlich jeder Mensch mehr oder weniger Sozialist ist, sehr nahe liegt, das scheint uns nichts weniger als klug. Wir meinen, der Entwurf der Fraktion hat mit den Worten „prinzipielle Haltung“, wodurch Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Taktik und Organisation ausgeschlossen sind, durchaus das Richtige getroffen und der Parteitag wird höchstens zu erörtern haben, wem diese Kontrolle zu übertragen sei.“

Das trifft den Nagel auf den Kopf. Wir wollen Parteipresse, die sich nicht bloß diesen Namen heilegen, sondern die auch wirklich Parteipresse sind, von Genossen für Genossen geschriebene Organe. Und wie jeder Genosse sich in seiner politischen Bethätigung willig der Kontrolle der Partei unterwirft, so ist es gewiß nicht zuviel verlangt, wenn man eine gleiche Bereitwilligkeit auch von denjenigen fordert, die über das wichtige Kampfmittel der Presse verfügen. Wer das ablehnt, gibt damit zu, daß er mit dem Organ Zwecke verbindet, die nicht die der Partei sind.

Unabhängigkeit der Gesinnung und des Charakters können sich trotz der Kontrolle bethätigen. Sie sind nicht an Keuschlichkeiten gebunden.

### Aus Dänemark

erhalten wir folgendes Eingefandt:

Wir sehen uns veranlaßt, wieder einmal die Spalten des „Sozialdemokrat“ in Anspruch zu nehmen.

In den Tagen vom 12. bis 23. Juni hielt nämlich die dänische sozialdemokratische Partei ihren vierten Kongress ab, und da wir der Bewegung hier immer mit Interesse gefolgt sind, die meisten unserer Genossen auch aktiv regen Antheil daran nehmen, so sei es uns erlaubt, da ein Bericht von anderer Seite noch nicht erfolgt ist, den ausländischen Genossen einen Ueberblick über die Verhandlungen des Kongresses zu geben.

So leid es uns für unsere gute Sache thut, so können wir doch nicht verhehlen, daß der Kongress eher einen Rückschritt als einen Fortschritt für die Bewegung in Dänemark bedeutet und der kleinbürgerlich opportunistische Charakter derselben — für die Eingeweihten längst offenbar — nun auch für Fernerlebende klar und unüberhüllt dargelegt ist.

Doch die Genossen anderwärts mögen selbst urtheilen. Die Verhandlungen — übrigens mit einer, gegenüber den hiesigen Verhältnissen ganz unmotivirten Geheimnisthämerei umgeben — schleppten sich tagelang in unfruchtbaren Diskussionen und Haarspaltereien über Programmänderungen hin; Änderungen, die, anstatt das an Widersprüchen ohnehin schon sehr reiche Programm zu klären, den prinzipiellen Standpunkt derselben nur noch mehr vernebelten.

So wurde z. B. im theoretischen Theil des Programms der Passus von der „reaktionären Masse“ dahin gemildert: „... alle Parteien, die diese Aufgabe (Befreiung der Arbeit) nicht als Zweck des Staats (I) anerkennen, sind Gegner des Sozialismus.“

Der Grund zur Milderung dieses Passus war jedenfalls die Erkenntniß, daß es doch nicht gut anging, seine liberalen Allirten im Prinzip als reaktionär zu stempeln und nachher auf der Wahltribüne sich von ihnen unter den Arm nehmen zu lassen. Nun sagt man einfach: „Ja, die Leute sind zwar Gegner des Sozialismus, aber sie haben den Widerstand gegen Streik mit uns gemeinsam und so müssen wir zusammengehen!“

Auf dieser hohlen Phrase beruht faktisch die Allianz der dänischen Sozialdemokratie mit den Liberalen; die Führer befrworten sie und die Massen agiren Stimmvieh. Von Forderungen der Sozialdemokraten an die Linke, deren Kandidaten in vielen Kreisen nur mit Hilfe von Arbeiterstimmen durchkommen, ist nicht die Rede, der Valt ist also nur aus reiner „Sympathie“ geschlossen und deshalb erst recht verwerflich und bezeichnend für das „proletarische Gewissen“ der dänischen Sozialdemokraten.

Doch zurück zum Programm. Der obengenannte Passus desselben enthält zuerst einen Widerspruch, indem der Souberisch sagt: „Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Arbeit von dem ausbeutenden Kapitalismus zu befreien“ und im Nachhinein dies als „Zweck des Staats“ bezeichnet wird; — und dann sind alle die (und hoffentlich dabei viele Sozialdemokraten), welche die Befreiung der Arbeit nicht als „Zweck des Staats“ anerkennen, als Gegner des Sozialismus gestempelt! Nun kann hieraus ersehen, welcher Rousens aus der Abfassung dieses Programms spricht, und das ist doch nur der Theil, den man von einem anderen Programm „abgeschrieben“ hat.



mark nicht nur die überwiegende Masse der Bevölkerung in der Landwirtschaft thätig, sondern besitzt auch Dänemark noch einen sehr zahlreichen mittleren und kleinen Bauernstand. Das gibt der Landfrage naturgemäß auch einen anderen Charakter als in Ländern mit vorherrschendem Grundbesitz. Die Verstaatlichung, oder, wenn das Wort in den Ohren unserer Genossen in Kopenhagen einen zu unangenehmen Klang hat, die Verstaatlichung des Grund und Bodens ist in weitere Ferne gerückt. Soll die Sozialdemokratie in Dänemark deshalb darauf verzichten, die Kleinbauern und Landarbeiter schon heute für sich zu interessieren? Gewiß nicht. Natürlich darf dieses Interesse nicht durch Vorschläge getrieben, deren Verwirklichung eine Verwüstung der heutigen Eigentumsverhältnisse bedeuten würde, aber deshalb jeden Vorschlag, der nicht gleich auf die große Expropriation hinausläuft, als „Bauernfänger“ zu verwerfen, das scheint uns ein sehr unschicklicher Doktrinarismus. Warum sollen wir nicht zeigen, durch welche Mittel schon heute die Lage der landarbeitenden Bevölkerung erheblich verbessert werden könnte, wenn nicht bei den heutigen Nachhabern die kapitalistischen Interessen maßgebend wären?

Was aber die Notiz in unserm Blatt betrifft, die die Einsender so entsetzt hat, so glauben wir, daß das Entsetzen sich etwas legen wird, wenn sie sie noch einmal genau durchlesen. Sie werden dann wahrscheinlich finden:

1) daß es sich in ihr nur darum gehandelt hat, einem bürgerlichen Blatt — der „liberalen Korrespondenz“ — diejenigen bei gutem Willen heute schon durchzuführenden Mittel anzudeuten, durch welche den antibürgerlich-reaktionären Tendenzen der Agrarier auf den Ratiundienarien zur Zeit entgegenzuwirken werden könnte, wenn man wirklich nur die Interessen der beteiligten Landarbeiter in's Auge faßt.

2) Daß wir ausdrücklich hinzusetzen: „Vor Beidem aber (nämlich dem organisierten Widerstand der Landproletarier) und der Schaffung freier Landarbeitergenossenschaften mit Staatskredit“ schreibt das bürgerliche Gewissen der „liberalen Korresp.“ ebenso zurück, wie der heutige Militarismus, der im Landarbeiterthum seine edelste und beste Stütze erblickt. Den Landproletarier wird erst der Sozialismus erlösen.“

Wie bei diesen Einschüchternungen der Sozialisten bedenklich erscheinen konnte, ist uns wenigstens unverständlich.

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 3. September 1890.

Technische Rücksichten verschiedener Art machen es notwendig, die letzte Nummer des „Sozialdemokrat“ bereits Anfangs der zweiten Hälfte dieses Monats fertig zu stellen, so daß Einschreibungen für dieselbe bis spätestens Mitte-September in unseren Händen sein müssen. Wir glauben, ausdrücklich darauf aufmerksam machen zu sollen, weil wir annehmen, daß es vielen unserer Leser und Freunde Bedürfnis sein wird, in dieser Abschiedsnummer, die einen entsprechenden Inhalt haben wird, ihrerseits noch einmal das Wort zu ergreifen. Auch wollen wir nicht verhehlen, daß wir eine solche Mitarbeiterthätigkeit aus dem Kreise der Genossen gerade für die letzte Nummer sehr gerne sehen würden. Es brauchen, ja, es dürfen, nicht lange Abhandlungen sein, aber einige wenige Worte über den Stand der Bewegung am Ort, als der „Sozialdemokrat“ in's Leben trat, und nun, da er scheidet, über die Erwartungen, mit denen die Genossen der Zukunft entgegengehen, dürften gewiß diesem Anlaß entsprechen.

Man wird uns nicht mißverstehen. Wir haben uns stets nach Möglichkeit von der Resonanz ferngehalten, und wollen uns nicht zu guter Letzt noch unterbreiten. Aber unsere Abschiedsnummer wird in ihrer Art ein Gedächtnisblatt sein, und anstatt sie mit Ausdrücken großer Männer auszufüllen, hatten wir es für angemessener, denen das Wort zu geben, die uns so lange Jahre treu zur Seite gestanden, und denen als Organ dienen zu dürfen, wir stets als eine besondere Auszeichnung betrachtet haben.

### Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Das unerquickliche Zwischenspiel, welches mehrere Wochen lang den Gegnern zur Freude unser Parteilieben trübte, ist nach dem Ausgang der Neuenversammlung, welche am 25. ds. Mts. in Berlin stattfand, als beendet anzusehen. Mit erdrückender Majorität wurde die „Opposition“ von den Berliner Arbeitern besessen und die weitere Ausstreuung des „Streits“ — falls eine solche noch notwendig — vor den Parteitag verwiesen, wohin allein derartige Differenzen gehören. Wir sagen: falls eine solche noch notwendig — das Eigentümliche dieses „Streits“ ist nämlich, daß die „Opposition“, je mehr sie gedrängt wird, ihre Beschwerden vorzubringen, desto weniger vorzubringen weiß. Ein fürchterlicher Fall von „Storruption“, mit welchem in dunklen Andeutungen gedroht wurde, schrumpfte

Wir haben noch eine vierte große Straftheorie, die wir kaum noch eine solche nennen können, da der Begriff „Strafe“ hier ganz verkehrt ist. Man nennt sie die Präventionstheorie, weil hier die Verhütung der Verbrechen das letzte Prinzip ist. Die eürigsten Vertreter dieser Ansicht sind zunächst die Radikalen aller sozialistischen Schulen.

Mindest schwärmerische und sogar sehr praktische Naturen haben sich ebenfalls für die Präventionstheorie entschieden, insofern sie von der Volkserziehung die Abnahme der Verbrechen erwarteten. Sie haben noch ganz besondere staatsökonomische Vorschläge gemacht, die dahin zielen, den Verbrecher vor seinen eigenen bösen Anfechtungen zu schützen, in derselben Weise wie die Gesellschaft vor der Unthat selbst hinreichend bewahrt wird. Hier stehen wir auf dem positiven Boden der Präventionstheorie. Der Staat wird hier gleichsam eine große Polizeianstalt im besten und würdevollsten Sinne, wo dem bösen Gesetze jeder Antrieb entzogen wird, wo man nicht durch Anstellungen von Verberberern und Furchtwaren einen armen Sünder zum Diebstahl und die arme Gesellschaft zur Prostitution reizt, wo keine diebstahligen Emporkömmlinge, keine Robert Macaire's der hohen Finanz, keine Menschenfleischhändler, keine glücklichen Halkanten ihren unerschöpflichen Luxus öffentlich zur Schau geben dürfen, kurz, wo das demoralisierende böse Beispiel unterdrückt wird.

Wenn man aufmerksam das Exposé des motifs liest, womit der französische Minister des Innern seinen Gesetzentwurf in Betreff der Gefängnisreform einleitete, so ist es augenscheinlich, wie hier die zuletzt bezeichnete Ansicht den Grundgedanken bildet, und wie das sogenannte Präventions-Prinzip der Franzosen im Grunde nur die Praxis unserer Präventionstheorie ist.

Im Prinzip sind also unsere Ansichten ganz übereinstimmend mit denen der französischen Regierung. Aber unsere Gefühle sträuben sich gegen die Mittel, wodurch die gute Ansicht erreicht werden soll. Auch hatten wir sie für Frankreich ganz ungeeignet. In diesem Lande der Sozialität wäre die Absperrung in Zellen, die demoralisierende Maßnahme eine unerhörte Granatmetze, und das französische Volk ist zu stolz, als daß es je um einen solchen Preis seine gesellschaftliche Ruhe erkaufen möchte. Ich bin daher überzeugt, selbst nachdem die Kommern eingewilligt, kommt doch entschieden, unumstößlich, die Zellulargefängnisreform nicht in Ausführung, und die vielen Millionen, welche die nötigen Bauten kosten, sind, Gottlob! verlorenes Geld. Diese Bürgerliche des neuen Bürgerthums wird das Volk ebenfalls unwillig überlassen, wie es einst die obeligen Bastille zerstörte. So juristisch und düster dieselbe von außen gesehen sein möchte, so war sie doch gewiß nur ein dummer Kasten, ein sonniges Gartenhaus im Vergleich mit jenen kleinen schweigenden amerikanischen Hölle, die nur ein böshämiger Pöbel erkennen, und nur ein herzloser Krämmer, der für sein Eigentum zittert, billigen konnte. Der gute fromme Bürger soll hinüber ruhiger schlafen können — Das will die Regierung mit höchstem Eifer bewirken. Aber warum sollen sie nicht etwas weniger schlafen? — Bessere Leute müssen jetzt wachend ihre Nächte verbringen. Und dann, haben sie nicht den lieben Gott, um sie zu schützen, sie, die Frommen? — Oder zweifeln sie an diesem Schutz, sie, die Frommen?

zu der bekannten Thatsache zusammen, daß Kuer in einem Artikel des „Volksblatt“ vor Jahresfrist vom dem Lehrer Krüger, bekannt aus den Prozeß mit dem berühmten Wittenhofer, eine Charakteristik gegeben hatte, die zu schroff gewesen sein mag, aber doch den Anschauungen eines großen Theils der Parteigenossen in Zürich entsprach und jedenfalls von Rücksichten auf das Interesse der Partei eingegeben war. Es konnte sich hierbei doch bloß um eine solche Auffassung handeln, die herabgelassen werden würde, wenn man Kuer von der Falschheit seiner Auffassung überzeugt hätte. Und daraus wurde „ein Fall furchtbarer Korruption“ in der Partei gemacht! Und so war es mit allen Anschuldigungen der „Opposition“; griff man zu, so hatte man nichts in der Hand, wie denn auch die ganze „Opposition“, sobald zugegriffen ward, sich als nebelumwobenes Nichts herausstellte, und zwischen den Fingern zerfiel.

Auf dem Parteitag wird die „Opposition“ ebensowenig zu Tag fördern können, wie sie es bisher gethan hat. Die sämtlichen im Lauf der Streitigkeiten vorgebrachten Argumente und Tiraden gegen die Fraktion und die Parteitaktik reichen — der gehässigen Persönlichkeiten entkleidet — für einen simplen Leitartikel kaum aus, der in dem ersten besten Parteilblatt hätte erscheinen können, ohne das geringste Auffehen zu erregen. Er wäre in einem anderen Artikel widerlegt und dem Verfasser nachgewiesen worden, daß er nur alten Unrat wiedergeliefert. Zudem — über den Geschnack läßt sich nicht streiten, und das Wiederläuten alten Quatschs war das gute Recht des Verfassers, das ihm gewiß von Niemand bestritten worden wäre. Sogar die famose Heerdentheorie, welche der „Führer“ der „Opposition“ entwerfen zu haben glaubt, hätte in der Parteipresse ohne jegliches Bedenken Aufnahme gefunden — freilich würde der „Wahre Jakob“ sich ihrer bemächtigt, und vielleicht auch dem Erfinder nachgewiesen worden sein, daß ihm das Mißgeschick passiert ist, mehrere Posttage zu spät zu kommen, in welchem seine Erfindung schon lange vorher erfunden war und zwar verschiedene Male unter andern von einem gewissen Louis Bonaparte, alias Napoleon III., der in der Vorrede zu der für ihn von Andreu geschriebenen Geschichte Kaiser's schrieb oder schreiben ließ, die Menschen seien eine Herde, die planlos herumlaufe, wenn sie nicht irgend einen Leitthumel oder Leitochsen habe; und die Geschichte der Menschheit sei daher in Wirklichkeit die Geschichte der Leitthumel oder Leitochsen, welche „große Männer“ genannt werden. Jedenfalls bedürfte es keines Rabau's, um diese Heerdentheorie wieder einmal auf den Markt zu bringen.

Ebenso wenig bedürfte es eines Rabau's, um die alte kapitalistische und vorbaptistische Weisheit von der Nutzlosigkeit parlamentarischer und organisatorischer Arbeit, von der Wertlosigkeit des allgemeinen Stimmrechts und von der Wunderkraft des Glaubens an die alleinigmachende Revolution, die als gebratene Taube vom Himmel herunter den Gläubigen in den Mund fliegt, der jungen Generation aufzutreiben und der alten in's Gedächtnis zurück zu rufen — in einem Fenilstonartikel hätte sich das weit besser besorgen lassen.

Und was die Ausstellungen an dem Organisations-Entwurf der Fraktion betrifft, so sind dieselben, nachdem das erste Geschrei über die „Diktaturgefahr“ der Fraktion verstummt ist, auf ein so geringes Maß zusammengedrückt, und qualitativ wie prinzipiell so unbedeutend, daß sie in wenigen Zeilen zu formulieren wären.

Mit einem Wort: was die „Opposition“ als Grund ihrer Opposition angeben hat, rechtfertigt und erklärt nicht das geräuschvolle, gehässige Vorgehen derselben. Und die Herren von der „Opposition“ dürfen deshalb nicht die Enttäuschten spielen, wenn sie in Verdacht kommen, andere Motive, als die von ihnen angegebenen, zu haben.

Der Verdacht verdichtet sich, wenn wir die eigentümlichen Strömungen betrachten, die in den Organen der „Opposition“ zu Tag getrieben sind. Die Artikel der „Volkstribüne“, welche den Antimilitarismus in die Partei einzuschmuggeln suchen und gegen die wissenschaftlich-revolutionäre Grundlage der Sozialdemokratie (den „Marxianismus“) eifern, sind aus dem Schooße der „Opposition“ hervorgegangen. Und wenn wir uns dann ferner die Haltung der gegnerischen Presse, deren eifrige Parteilnahme für die „Opposition“ vergegenwärtigen und vor Augen haben, wie die Polizei der angeblich „revolutionären“ und „radikalen“ „Opposition“ offen und unbedeckt und mit aller Kraft Vorstoß leistet, so können wir in dem Verdacht nur bestärkt werden.

Wie die Gegner die Sache auffassen, das erhellt aus den ärgerlichen Auslassungen sämtlicher deutschen Bourgeois- und Polizeiorgane über die erdrückende Niederlage der „Opposition“. Nun läßt

\*) Siehe unsere Notiz in voriger Nummer. Wir haben zu derselben nur noch zu bemerken, daß, als wir sie schrieben, uns der Artikel der Herren Müller und Kampfmeyer nicht im Original vorlag, sonst würde sie wahrscheinlich noch schärfer ausgefallen sein. Wir wollen indeß aus den bereits angeführten Gründen die Sache hier auf sich beruhen lassen, zumal Herr Krüger jetzt in Aussicht stellt, seine Beschwerden an „unabhängigen Orte“ anbringen zu wollen. Wir sind damit durchaus einverstanden, und werden mit Vergnügen die Gelegenheit benutzen, die ungeheuerlichen Lügen und Verdrehungen, über die Herr Krüger sich beklagt, und zu denen nicht zum Mindesten die für Herrn Krüger reklamirten Verdienste um die Entlarvung verschiedener Spitzel gehören, richtig zu stellen.

Heine's Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, die vielen Millionen, welche die Zellengefangnisse kosteten, sind kein verlorenes Geld. Dem Bürgerthum ist für keine Ruhe kein Preis zu hoch; es hat mit Hilfe der Arbeiter die Bastille wiedergerissen, aber viel schrecklichere Bastillen für das Proletariat errichtet. Und diese „kleinen schweigenden Hölle“ haben sich die Welt erobert, sie sind überall heimisch und bleiben voraussichtlich so lange bestehen, bis das Proletariat Manns genug ist, dieselben zu zerstören.

Betrachten wir einen Augenblick bei den glücklichen Bewohnern der Zolirzelle. Für Halle kommen da besonders militärische Verbrecher in Betracht.

Wer hat nicht schon einmal einen edlen Preußen renommiren hören über das wohlblüthige, stramme preussische Militär? Ob alle diese Renommiren aber auch wissen, mit welchen Opfern diese Stromschnelle erkauft ist? Das Militär laugt nicht nur nahezu die gesamte Steuerkraft des Volkes auf und verbraucht sie, es sößt auch eine Menge widerstrebender Elemente aus der Volksgemeinschaft aus und fällt damit die Festungen und Zuchthäuser. Die Militärbehörden in Preußen haben wirklich triftige Gründe, sich dem Verlangen eines öffentlichen Gerichtsverfahrens zu widersetzen. Dem Volk würden dabei die Augen übergehen. Fast die Hälfte der Zellen in dem Haller Zuchthaus sind mit militärischen Verbrechern belegt. Nienthalben geben die Tafeln an den Zellenthüren den Bescheid: Meuterer, Fahnenflucht mit Diebstahl, Aufruhr, oder die unbestimmte Auskunft: Militärisches Verbrechen. Und die meisten dieser jungen, kräftig gebauten Leute sind aus Polen, aus Bommern und Posen; sie haben schon eine lange Tour hinter sich — 2 bis 3 Jahre Soldatenleben, 3 bis 4 Jahre Zuchthaus, und das Finale bilden 4 bis 6 Jahre Zuchthaus. Doch in den Zwanzigern oder Anfang der dreißiger Jahre ihres Lebens betreten sie erst als junge Greise die Welt wieder. Das Herz krampt sich einem im Leib zusammen vor Mitleid, wenn man diese jungen Meisen so dahinjucken sieht.

### Die Zuchthausarbeit.

Bei diesem Kapitel sind wir an dem Punkt angelangt, wo den Sträflingen der wahre Jovoh ihrer Strafe am eindringlichsten zu Gemüthe geführt — wo auch der „freie“ Arbeiter und auch das Proletariat als Klasse indirekt empfindlich mitbetroffen wird.

Im Mittelalter waren die Handwerksmeister gar engdärgig und empfindsam; sie würden wahrscheinlich sehr entrüstet gewesen sein und es weit von sich gewiesen haben, wäre ihnen die Zuchthausarbeit gestellt worden, ihre Geschäftskarte von Verbrechern herstellen zu lassen. Aber unsere heutige Großindustrie ist über solche Schwächen erhaben, sie hat sich einen weitherzigeren Moralcode zurecht gelegt. Liebenoll nimmt sie die armen, von der ganzen übrigen Welt verstoßenen Verbrecher in ihre Dienste, und mit besonderer Vorliebe drängt sie sich an die verrücktesten Mörder und Räuber. Nicht der Verbrecher ist es, den die Industrie mit ihrem Bannstrahl trifft, nur der freie Arbeiter wird mit der

schändlicher Haltung der uns feindlichen Presse an sich sein nachschlingend ziehen in Bezug auf die Absichten derer, welche die „Opposition“ vor der Öffentlichkeit vertreten haben, allein die auch durch andere Thaten unterstützte Vermuthung, daß Feinde der Partei hinter den Kulissen thätig waren und sind, wird durch diese Auslassungen der gegnerischen Presse entschieden gestärkt.

Der Parteitag wird sich mit dieser Seite der Angelegenheit sehr ernsthaft zu beschäftigen haben, und dann wird man ja in der Lage sein, den ganzen Sachverhalt zu übersehen. Vor dem Parteitag sind kaum noch Reibungen zu erwarten: die Gebuld der Genossen ist erschöpft — davon haben die Herren Wille und so weiter in der Versammlung des 25. August sich überzeugen müssen — die Stimmung war so erbittert, wie noch bei keinem Anlaß zuvor. Und das ist die Stimmung überall in Deutschland. —

Nun — die Gegner der Sozialdemokratie sind wieder einmal um eine Hoffnung betrogen und die Partei kann jetzt in aller Ruhe die Diskussion des Organisationsentwurfes vornehmen und die sonstigen Vorbereitungen für den 1. Oktober treffen.

Die Regierung will am 1. Oktober durch Massenverbreitung einer Flugdrift Propaganda und Resonanz für die „fälschlichen Erlasse“ machen. Die deutschen Arbeiter sollen belehrt werden, daß es klüger ist, „besonnen und sicher voranzuschreiten“, als einen „Sprung in's Dunkle“ zu wagen. Nun, so klug sind die deutschen Arbeiter, ohne daß man das ihnen in einer amtlichen Broschüre zu legen braucht; sie wollen „besonnen und sicher voranzuschreiten“, wie sie das seit einem Vierteljahrhundert gethan haben, und vor einem „Sprung in's Dunkle“ haben sie eine so gewaltige Abneigung, daß sie auch nicht im Entferntesten daran denken, den festen Boden unseres soliden Programms mit dem immerwährenden Dunkel der neuesten deutschen Sozialpolitik und Sozialreform zu vertauschen. Erst beseitigt man dieses Dunkel — dann werden wir sehen. Entwidel sich dem Chaos irgend etwas Brauchbares und Gutes — nun, wir sind keine Kostverächter. Und alles, was brauchbar und gut, ist Futter für die Sozialdemokratie.

— Von einem deutschen Genossen in London geht uns folgendes Schreiben mit der Bitte um Aufnahme zu:

„Werthe Redaktion! Obgleich ich die Ansicht des Hinentenders in No. 32 über das Fortbestehen des „Sozialdemokrat“ nicht theile, sondern Ihren Vorschlag, denselben mit dem 1. Oktober einzustellen, für durchaus logisch und den Verhältnissen angemessen halte, so meine ich doch, daß der Brief Beachtung verdient.“

Es ist wohl außer Frage:

Alle im Ausland lebenden Genossen, und selbst Ausländer, sehen in dem Anmarsch des internationalen Arbeiterheeres die deutsche Sozialdemokratie eine hervorragende Stellung einnehmen und verfolgen daher die Entwicklung derselben mit wachsendem Interesse.

Durch das Eingehen des „Sozialdemokrat“ würden diese Leute gezwungen sein, die Vorgänge und wichtigen Neuerrungen der Partei in der Tagespresse zu verfolgen. Auch zum neuen Zentralorgan ist ein tägliches Blatt in Aussicht genommen. Würde dadurch nun nicht für Tausende im Ausland lebender Genossen, sowie auch für viele Genossen in Deutschland das Halten des Zentralorgans sehr erschwert? Und würde sich deshalb nicht die Veranstaltung einer Wochenausgabe des Zentralorgans rechtfertigen und den Wünschen vieler Arbeiter entsprechen?

Ob dagegen diese Ausgabe in Deutschland oder in London erscheint, halte ich für weniger wichtig.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Ihr Genosse

Die Anregung des Hinentenders ist uns durchaus der Erwägung werth. Wie wir den Vorschlag der Reichstagsfraktion, das „Berliner Volksblatt“ zum Zentralorgan zu erklären, verstehen, so ist dabei weniger an ein Organ im Stille des früheren „Vorwärts“ gedacht, dessen Abonnement sozusagen eine Art Parteipflicht war, sondern einfach daran, ein bestimmtes Organ zu schaffen oder herzurichten, das als Zentralpunkt für die Erörterung aller, die Gesamtpartei betreffenden Angelegenheiten dient, und dessen politische Leitung weder von lokalen noch von privaten Motiven irgendwelcher Art beeinflusst wird.

Dieser Vorschlag mag durch die kolossale Entwicklung, welche die Partei während der 12 Jahre des Ausnahmestandes genommen hat, gerechtfertigt sein, er zehrt jedenfalls, wie wenig es bedenken, die ihn gemacht, in den Sinn kam, die Parteipresse bevorzugen zu wollen. Denn grade weil das Tagesblatt nicht die Verbreitung finden kann, wie sie ebendam das Zentralorgan hätte — d. h. im Verhältnis zur Parteistärke und ihrer Ausdehnung — würde die Lokalpresse ihm viel eherbärtiger gegenüberstehen, als das früher der Fall. Dies nebenbei. Der Charakter als Tagesblatt hat jedoch zur Folge, daß das neue Zentralorgan eine Menge Ballast mit sich führt, der für die auswärtigen Genossen fast interesselos ist, ihnen aber das Halten des Organs erheblich erschwert. Es ist deshalb gewiß nicht überflüssig, auch die Frage in's Auge zu fassen, wie den Wünschen dieser Genossen am Besten entgegen zu werden kann.

Strafe der Ausstreuung und mit Entziehung des Unterhaltes bedroht, sobald er keine Kräfte mehr einzusetzen hat, sobald er invalide geworden — mag er sich sonst noch so sehr der Achtung aller Welt erfreuen und sein ganzes Leben dem Dienste des Kapitals geweiht haben.

Und die Großindustrie ist klug, viel klüger als der gewöhnliche Philister, dessen ganze Weisheit in der lebenden Redensart gipfelt:

„Statt den Verbrecher jahrelang zu füttern und zu ernähren, wie jetzt geschieht, soll man ihn einige Monate barbarisch behandeln, und durch tägliche Peitschenhiebe, durch Hunger und Arbeiten, daß er schwarz wird, das Wiederkommen verhindern.“

(Schluß folgt.)

— Von Herrn Viktor Dave geht uns folgende Aufschrift zu mit der Bitte, sie an dieser Stelle zum Abdruck zu bringen:

„Werthe Redaktion!  
In der 7. Fortsetzung des Wunderlich'schen Tagebuch eines politischen Zuchthauslers“ (No. 34 vom 23. August Ihres geschätzten Blattes) kommt ein Satz vor, gegen welchen ich heute schon Protest einlegen muß, und zwar deshalb, weil auch ich seit langen Jahren ein politisches Tagebuch führe, das einmal zur Veröffentlichung gelangen wird, und worin mein Zuchthausleben natürlich des Längeren Erwähnung findet.

Nach Wunderlich's Vermuthung soll ich der Urheber der Entdeckung der Zuchthauschrift „Freie Gedanken“ gewesen sein. Ob mit Recht oder Unrecht behauptet, weiß er indeß nicht.

Hätte Herr Wunderlich dann nicht besser gethan, diese Infamie zu unterlassen?

Die Sache verhielt sich folgendermaßen: Wunderlich wurde bestraft, weil er die Zeitung geschrieben hatte, Hammel, weil sie in seiner Zelle vorgefunden wurde, Binger, weil er auf die erste Seite der Schrift einige Entstellungen hinzugefügt hatte; mir aber wurde vom Direktor Regis folgendes gesagt: „Du hast die Zeitung nicht geschrieben, hast sie klar, Du kannst kein so korrektes Deutsch schreiben und Deine Handschrift hat auch gar keine Ähnlichkeit mit der der „Freien Gedanken“. Du behauptest, daß Du das Ding gar nicht gesehen hast, und da Du nicht entpuppt wurdest, will ich Dir glauben. Abtreten.“ — Ich sage noch hinzu, daß Kaplan Peter die Zeitung nicht zu sehen bekam und mit der ganzen Angelegenheit überhaupt gar nichts zu thun gehabt hat. Alles Andere, was Wunderlich über mich erzählt, brandet nicht fortright zu werden, und ich schicke diesen Brief gerne mit der Bemerkung, daß ich kein Zuchthaus-Tagebuch mit großem Interesse geleitet habe und die Fortsetzung desselben mit eben so viel Interesse verfolgen werde.

Für die Aufnahme dieser Zeilen dankend, zeichnet mit sozialistischem Gruß  
London, 27. August 1890.

Viktor Dave.“

— Darf man im Deutschen Reich die Wahrheit sagen? Am 25. August hat sich vor der II. Strafkammer des Landgerichts Bremen ein Prozeß abgepielt, der auf diese Frage eine bezeichnende Antwort ertheilt. Angeklagter war ein Lehrer einer Bremer Stadtschule, der gegen eine Lehrerin, die das Verhalten einiger jüngerer Schüler tadelte, die Keuschung gemacht haben sollte: „Was müßte sie denn von dem Schuldvorsteher Williamson sagen, der nur die Ventilation verstopfte, um bei der Heizung zu sparen.“ Die Lehrerin des „Sozialdemokraten“ werden sich wohl der Korrespondenzen aus Bremen über das Skandalöse „Parfüm“ des genannten Herrn erinnern, die wir im Frühjahr zur Veröffentlichung brachten. Alles, was dort gesagt worden war, ist in der Gerichtsverhandlung als den Thatfachen entsprechend erwiesen worden, namentlich auch die, was leinerseitig fast ungläublich erscheinende Angabe, daß Herr Williamson, der für eine ihm vom Senat ausgelegte Summe die Heizung der Schule bestritt, um am Holz zu sparen, den Ventilationskasten mit Platten hatte hermetisch verschließen lassen. Trotzdem dies festgestellt wurde, und trotzdem der gerichtliche Sachverständige befandete, daß die Schachtel auf keinen Fall verstopft werden dürfte, wurde der Lehrer wegen Beleidigung zu einer Geldbuße von 20 Mark, eventuell fünf Tagen Haft verurtheilt. Das Gericht nahm „für erwiesen“ an, daß der Angeklagte die betreffende Keuschung machte, (er hatte bestritten, sie in der demnächstigen Form gethan zu haben. Red.) es nahm auch für erwiesen an, daß der Schuldvorsteher die Verstopfung der Luftschächte unzureichend Weise vornahm und sei infolgedessen der Angeklagte der Beweis der Wahrheit gelangt, es glaubte aber nach dem Wortlaut des § 192 von einer Verurteilung nicht absehen zu dürfen, da in dem vorliegenden Falle aus der Form der Bemerkung immerhin eine Beleidigung hervorgehe.“

Als die Konstatierung einer notorischen Thatfache, die Say für Say bewiesen wurde, einer Thatfache, die die Erregung des Lehrers herausforderte, denn die Verstopfung des Ventilationskastens kam zu Tage, als Ende vor Jahres die Luft in den Klassenzimmern absolut unzureichend wurde, so war ein Verbrechen an den Schülern und ein schweres Unrecht gegenüber den Lehrern — die Konstatierung dieser Thatfache begründet das Vergehen einer strafbaren Beleidigung. Ob aber, wenn bei üblicher Sachlage der Schuldvorsteher Angeklagter und das Verhalten des Lehrers Gegenstand der Erörterung gewesen wäre, ob dann die II. Strafkammer des Landgerichts Bremen ebenfalls glauben würde, von einer Verurteilung nicht absehen zu dürfen? Und, der Fall kann in Deutschland ja gar nicht vorkommen. Welcher Staatsanwalt würde es mit dem „öffentlichen Interesse“ vereinbar finden, eine Anklage zu erheben? Gewo der Staatsanwalt Grünemann zu Bremen, der für die obige, als wohl erwiesene Keuschung eine Geldstrafe von 150 Mark, eventuell 30 Tage Haft beantragte? Es wäre eine, mindestens einige Jahre Justizhaus erfordernde Beleidigung, ihm so etwas auch nur zuzumuthen. Englische Richter pflegen auf solche Beleidigungsfälle — die aber der Beleidigte selbst zu erheben hat — sobald die Keuschung dem Thatbestand entspricht, selbst wenn wirklich eine formelle Beleidigung vorliegt, damit zu antworten, daß sie dem „Beleidigten“ eine Entschädigung von einem Farthing, der kleinsten englischen Geldmünze = 2/10 Pf., zu sprechen. Im vorliegenden Falle aber hätte der parlamentarische Schuldvorsteher nicht einmal auf dieses Benefizium zu rechnen.

„Mit solchen Gefunden muß man sich herumschlagen!“ rief, nach der Schlußrede, J. Ledebur, der sogenannte Große, während der Schlacht von Jorndorf aus. Ob's wahr ist, wissen wir nicht — wahrscheinlich nicht — denn von je hundert solcher „gefügten Worte“ der Selbsthistorie sind mindestens 99 erfunden, wie überhundert 99 Hundertstel der ganzen Selbsthistorie — womit wir nicht gesagt haben wollen, daß das übrige Hundertstel wahr sei. Wenig, der alte Fritz soll so gesagt haben, und jedenfalls gibt es Lagen, in welchen man verflucht ist, so zu sprechen. Wir Sozialdemokraten z. B. sind sehr häufig in der Lage; ja, wir sind es fast immer, denn nur äußerst selten kommt es vor, daß wir von ehrlichen Gegnern bespottet werden. Von den weltgeschichtlichen — oder, um den mobilischen Ausdruck zu gebrauchen — fatalen Anämien des Säkularmenschen und seiner Regierbarkeit wollen wir hier nicht reden — das gehört der Vergangenheit an; der Säkularmensch ist tot und steht in der Hölle des Dante, wo er an sich selbst fürchtbare Strafen lüßt — der ekelhaftesten Menschheit ein Schauspiel gebend, so abscheulich, so lehrreich, daß selbst die Phantasie eines Dante hier die Wirklichkeit nicht erreichen wird. Der ist besorgt und aufgehoben — den überlassen wir der Remeis und sich selbst.

Nein — wir haben die neueste Ära vor Augen, und wollen gleich mitten in die Thatfachen hineinpringen. Der gegenwärtige Minister des Innern, der Nachfolger des Postlammers, Herr Herrfurth, erklärte im vorigen Winter im Reichstag: die Regierung könne unter keinen Umständen auf das Sozialistengesetz verzichten; sie könne unter keinen Umständen in eine Milderung des Sozialistengesetzes, namentlich nicht in die Beseitigung des Ausweisungsparagraphen mit dem „keinen Belagerungszustand“ willigen; das Sozialistengesetz sei notwendig zur Rettung von Staat, Gesellschaft, Familie, Eigentum u. s. w.

Wohlan, dieser nämliche Herrfurth hat vor einigen Wochen eine Deutschrift an den Kaiser gerichtet, worin er ausführte, daß das Sozialistengesetz „wirkunglos“ und „schädlich“ gewesen sei. Vor sechs Monaten notwendig, heute „schädlich“ und „wirkunglos“! Was mühen wir von einem solchen Staatsmann halten? Aber das ist noch nicht Alles. Verabschiedete Herr Herrfurth hat an die preussische Regierungspräsidenten ein Zirkular gerichtet, in welchem er sie auffordert, die Praxis und die Praktiken des Sozialistengesetzes auch nach dem 1. Oktober fortzusetzen! Oder bedeutet sein Zirkular wohl etwas anderes? Es ist wahr, Herr Herrfurth ermahnt die Herren Regierungspräsidenten, sich strikte an das Gesetz zu halten, aber er fordert sie auch auf, die bestehenden Gesetze mit aller Schärfe gegen die Sozialdemokraten anzuwenden. Damit ist so deutlich, als Worte es sagen können, ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten auch nach dem 1. Oktober unter einem Ausnahmestand stehen sollten, insofern die Gesetze mit besonderer Schärfe gegen sie angewendet werden. Und was sind das für Gesetze, welche „scharf“ angewendet werden sollen? Das Vereinsgesetz, das Ausweisungsgesetz, das Pressegesetz — lauter Polizeigesetze, die von demselben Geiste ausgehen wurden, wie das Sozialistengesetz und sich von ihm bisher nur dadurch unterscheiden, daß sie für alle Parteien gleichmäßig gelten. Von dem Moment aber, wo der Minister des Innern, der oberste Chef der Polizeibehörde, deutlich erklärt, diese Polizeigesetze seien gegen eine bestimmte Partei „scharf“ anzuwenden, ist auch jeder Unterschied zwischen ihnen und einem gewöhnlichen, formellen Ausnahmengesetz verschwunden.

Die genannten drei Polizeigesetze vom 1. Oktober „scharf“ gegen die Sozialdemokratie angewandt, das ist vollkommen gleichbedeutend mit der Fortdauer des Sozialistengesetzes. Die Willkür und die Härten dieses Gesetzes, welche bewirkt haben, daß es „unlos und schädlich“ war, wie Herr Herrfurth in seinem letzten Zirkular sich ausdrückt, sollen nach dem vorliegenden Zirkular denselben Herrn Herrfurth fortauern!

Was soll man von solchen Männern denken? Und das sind Staatsmänner und noch obendrein Männer der „neuesten“ Ära! —

— In der Nummer 106 der „Sächsischen Arbeiterzeitg.“ — der letzten unter der alten Redaktion — heißt es am Schluß einer gegen Liebknecht gerichteten Notiz: „Herr Liebknecht hatte vor längerer Zeit im Wiener Arbeiterblatt als Korrespondent über eine Streiffrage berichtet und sein Urtheil abgegeben. Dieses Urtheil wurde als bedeutungsvolle ausländische Prestimime im Londoner „Sozialdemokrat“ erwähnt; es sollte damit bewiesen werden, daß ausländische Parteigenossen in der betreffenden Streiffrage genau so dächten, wie die deutsche Fraktionsmehrheit. Nun rührte die Notiz im „Sozialdemokrat“ aber ebenfalls von Herrn Liebknecht selbst her. Er zitierte also sich selbst als Prestimime des Auslandes. Ist das Korruption oder nicht?“ Wir sehen uns darauf veranlaßt, zu erklären, daß uns von einem Fall, wie der hier erzählte, nicht als geringste Bekanntheit ist,

und daß wir daher von dem anonymen Schreiber des Obigen ganz genaue Angaben verlangen, wann und bei welcher Gelegenheit sich der Liebknecht zugehörig haben soll. Die Sache geht nämlich keineswegs nur Liebknecht, sondern auch uns an. Sind wir es Liebknecht schuldig, seinen Vorwurf auf ihm sitzen zu lassen, für dessen Grundlosigkeit wir Jennings abzuweisen im Stande sind, so verpöhlen wir außerdem auch seine Lust, auf uns den Vorwurf ruhen zu lassen, wie hätten unter Blauz in solch unantastbaren journalistischen Aufstellungen hergegeben. Vorläufig weisen wir demnach denselben ganz entschieden zurück.

— Frankreich. Aus Paris, den 27. August 1890, wird uns geschrieben:

Die Possibilisten haben die Abhaltung ihres diesjährigen zehnten Nationalkongresses für die erste Hälfte Oktober festgesetzt. Als Kongressort ist Châtelleraut bezeichnet worden. Die Arbeitergruppen dieser Stadt haben sich zur Organisation des Parteitages bereits verpflichtet. Dem Ruf der Parteileitung zur Beiziehung des Kongresses sind die Bedingungen der Vertretung auf demselben beigefügt.

Der Nationalkongress wird durch den Zusammenritt von Delegirten der zur Partei gehörigen Gruppen und Föderationen, sowie die von der Partei eingeladenen Gruppen gebildet. Die Organisationen, die sich vertreten lassen wollen, müssen mindestens 15 Mitglieder zählen. Organisationen von 15—250 Mitglieder haben Recht auf die Entsendung eines Delegirten. Die Abstimmung erfolgt nach Gruppen. Kein Delegirter darf mehr als 5 Organisationen vertreten. — Die Tagesordnung ist noch nicht bekannt. Das possibilistische Parteiprogramm fordert, daß der vorausgehende Regionalkongress den Ort für Abhaltung des Nationalkongresses bestimme, und daß dieser Ort 6 Monate vor Zusammenritt des Kongresses bekannt gegeben werde. Da beiden Forderungen bei Wahrung des gesparten Kongresses diesmal nicht entsprochen worden, so haben die Gruppen des XI. Arrondissement in der Union federative beantragt, den 10. Nationalkongress zu verabschieden, bis der Regionalkongress der Föderation des Zentrums (die Pariser Gruppen), dessen Organisation vorbereitet wird, getagt, und eine Entscheidung über den Ort des Nationalkongresses getroffen habe.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Antrag durchgehen wird. Die Vorbereitung des Pariser Regionalkongresses scheint sich in die Länge zu ziehen. Die von den Gruppen eingelaufenen Anträge über die Tagesordnung sind von dem Bunde inspirirt, nicht nur, wie bisher üblich, den theoretischen Fragen, sondern auch den Fragen der Parteiorganisation einen breiten Raum zu gewähren. Besonders scheint den Gruppen an der Kongressentscheidung über die Fragen gelegen, welche Beziehungen zwischen den einzelnen Gruppen und Komites und dem Zentralkomitee zur Zeit der Wahlen zu bestehen haben, welche Stellung und Verpflichtung die Erndichten und Kandidaten der Partei innerhalb der Union federative haben z. z. Die Anträge, derartige oder ähnliche Punkte auf die Tagesordnung des Regionalkongresses zu stellen, wird offenbar dadurch veranlaßt, daß ein großer Theil der possibilistischen Parteimitglieder mit der Haltung der Führer zur Zeit des Vollaufganges, mit ihrem andauernden Verbinden mit den bürgerlichen Politikern nicht einverstanden ist und der Wiederholung von politischer Durchsicherheit behufs Mandaterfassung vorbeugen möchte. Die Diskussionen über diese Fragen werden jedenfalls zur Förderung Anlaß geben, welche den Prouffe, Lavy z. nicht fehlen können, und die um so häufiger ausfallen werden, wenn es bis dahin nicht gelingt, die im possibilistischen Lager antäglich einer Kandidatur für den durch Chabert's Tod im Gemeinderath vacant gewordenen Sitz ausgedehnten Streitigkeiten beizulegen.

Während nämlich die Gruppe der Revolutionäre vom Viertel Condut die Kandidatur Allemans vorschlugen, ist eine andere Gruppe, die von Brouffe inspirirt wird, für die Kandidatur Andre-Gely. Eine Einigung konnte bis jetzt nicht zu Stande kommen, und so ist das Nationalkomitee als Enquete-Kommission und Sachverständigen ernannt worden. Die Ursache, weshalb Herr Brouffe die Sonne seiner Gnade nicht mehr über Allemans scheitern läßt, der doch bis vor Kurzem sein getreuer Schildknappe gewesen, und der nicht nur innerhalb der possibilistischen Partei sehr thätig ist, sondern sich durch seine Propaganda unter den Sögern verdient gemacht hat, ist jedenfalls, daß Allemans in letzter Zeit, und nachdem er bei den Wahlen für die Kammer und den Gemeinderath leer ausgegangen, zur Wiederaufnahme der alten Taktik ansetzte und gegen die Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien war, bei denen Brouffe noch lieb Kind geblieben ist. Die schwebenden Heidenen möchte man nicht gern vor den Regionalkongress bringen, andererseits ist aber auch den Possibilisten daran gelegen, mit ihrem Parteitag nicht hinter den Kollektivist zurückzubleiben, welche bekanntlich ihren Nationalkongress am 11. und 12. Oktober in Lille abhalten. Daher die Verlegung der Reglements.

Seit dem Bestehen der possibilistischen Partei, nach der Spaltung von St. Etienne, ist dies das erste Mal, daß dieselbe einen Nationalkongress nach der Provinz einberuft. Sie zählt eben in der Provinz nur eine schwache Anhängerzahl. Nur in einigen Städten, wie St. Etienne und Charleville in den Ardennen, haben die Possibilisten unter der Arbeiterherrschaft Boden gefaßt. In der letzteren Stadt ward z. B. am 17. August ein Possibilist Hofe mit 210 Stimmen gegen 1919 zum Arrondissementrats gewählt. Allerdings ward der Sieg nur Dank der bürgerlich-republikanischen Stimmen errungen, Hofe hatte nur einen reaktionären Gegenkandidaten.

Seitdem die boulangistischen Wirren vorüber sind, und ein Theil der Parteiführer, von den Truppen gedrängt, sich bemüht, zur alten Taktik zurückzukehren, ist innerhalb des possibilistischen Lagers immer stärker die Notwendigkeit betont worden, sich mit der Propaganda und Organisation nicht nur auf Paris zu beschränken, sondern alles aufzubieten, den Einfluss der Partei in der Provinz zu erweitern. Die diesbezüglichen Versuche sind jedoch bis jetzt — mit Ausnahme der unmittelbar um Paris gelegenen Zone und den oben genannten Städten — ziemlich resultatlos geblieben. Die Versammlungen z. B., welche der possibilistische Deputirte Dumay, zusammen mit dem radikalen Deputirten Moreau zur Zeit des großen Streiks im Norden in Lille abhielt, lockten nur ein kleinstädtisches Publikum an. Die zum Klassenleben erwachenden und sich an die sozialistische Bewegung anschließenden Arbeiter der meisten provinziellen Industriestädte, besonders derer, wo der Großbetrieb vorherrscht, sind gut kollektivistisch.

Die von Guedde seit Jahren in der Provinz unermüdet betriebene prinzipientreue und zielbewußte Propaganda hat Organisationen in's Leben gerufen, die durchaus klar sind und keinen Schritt vom Prinzipie des Klassenkampfes abweichen. Erst gegenwärtig hat die Zahl und die Wirklichkeit der Arbeiterorganisationen der Provinz wieder einen guten Zuwachs erhalten durch eine erfolgreiche Propagandator, welche Genosse Guedde nach Lille, Calais, Lyon, Amiens, Rochelle, Marseille unternommen. In Marseille verführten die Anarchisten, welche, wie die Rede das Mäusen, das Stören der sozialistischen Versammlungen nicht lassen können, Tumulte hervorzurufen, während Guedde vor einem dialektisch geprägten Publikum sprach. Die Dynamitwerke wurden jedoch zurückgeschlagen und mußten kleinlaut abziehen.

Das Wachsthum und Gedeihen der kollektivistischen Partei in der Provinz macht die Herausgabe eines Zentralkongresses — die Kollektivistischen besitzen ja mehrere Lokalblätter — möglich, dessen Existenz gesichert ist. Am 15. September wird „Le Socialiste“ wieder erscheinen. Die hauptsächlichsten Mitarbeiter des Blattes sind die nämlichen, welche den früher erschienenen Jahrgängen des „Socialiste“ Werth und Bedeutung verliehen, Laforgue, Guedde, Deville.

— Anfang Juni wurde uns durch ein Mitglied des hiesigen anarchistischen Klubs „Autonomie“, J. Barber, ein Brief, unterschrieben Joh. Wolffler, und bedruckt „Independent Labor's Union No. 1, Chicago“, übergeben, in welchem das Ersuchen an uns gestellt wurde, im „Sozialdemokrat“ eine Quittung, resp. Abrechnung über eine Summe von sechs 500 Dollars zu veröffentlichen, die vor Jahresfrist in Chicago zu Gunsten der streikenden Kohlenarbeiter Deutschlands gesammelt worden und von dem betz. Saagmeister an uns abgeführt worden sei. Wir antworteten sofort, daß wir den Empfang dieser Summe — Bbl. 102.05 — in Nr. 42 des „Sozialdemokraten“ vom vor. Jahre ankündigt, den Betrag selbst aber, sobald wir über die Bestimmung des Geldes Abrechnung, sofort behufs Verwendung im Sinne der Abnehmer nach Deutschland geschickt hätten. Obwohl sich jeder Kenner der deutschen Zustände von selbst sagen konnte, daß die Streifenzahlung einer speziellen Abrechnung, bzw. Quittung der Empfänger, gerade mit Rücksicht auf diese, sich von selbst verbietet, scheinen sich einige Leute in Chicago mit dieser Mitteilung nicht zufrieden gegeben zu haben, und so erhielten wir

neuerdings ein Schreiben von der Redaktion der „Chicagoer Arbeiterzeitung“, worin diese uns mittheilte, daß sie von Genossen mit der Bitte um Auskunft über die Verwendung des Geldes beauftragt werde; es werde in Chicago die Behauptung kolportirt, daß das Geld für den Wahlfonds der deutschen Sozialdemokratie benutzt worden sei. Wir haben von diesem Brief Genosse Ebel Mitteilung gemacht, und es ist uns von diesem eine Antwort zugegangen mit spezieller Darlegung über die Verwendung der Summe, bei Bedarf für die streikenden Bergleute eingelaufenen Unterstützungsgeber. Soweit dieselbe für die Öffentlichkeit geeignet erscheint, werden wir darüber in nächster Nummer berichten.

### Briefkasten

der Expedition: G. B. Leeb: Sh. 4.9/10 f. Schft. erh. u. Edg. bewirkt. H. Weiteres: — Württemberg: Wf. 6. — f. Schft. u. Ab. erh. Bllg. folgt. — A. H. Wg.: Wf. 1.55 f. Schft. erh. Wf. Weiteres. — Jög: Wf. 1000. — A. G. W. x. erh. Am 28/8 Bll. Mitgetheilt ad notam genommen u. B. besorgt. Gefragtes recherchiert u. Bllg. erwartet. — R. M. Salomon Leipzig: Sie haben Gegenbeweise beizufügen vergessen. Warum? Weiteres werden Sie zu hören bekommen. — Ailan: Wf. v. 28/8 hier. Bestig. wollen Sie beschleunigen, damit prompt geliefert werden kann. — Notos Hünfeld: Hoffentlich gelingt es Ihnen, im Hinblick auf die Nothwendigkeit, die Sämnigen aufzurufen. Wir bauen auf Ihre Pflückerfüllung ganz speziell. Gruß! — Bierrot: Edg. u. Wf. v. 26/8 Bll. erh. Wf. folgt. — P. M.: Bllg. 1 vergriffen. Abz. geord. — Wofa: Wf. u. Bll. v. 20/8 erh. u. Weiteres nach Wunsch besorgt. Betr. Bllg. 2 einverstanden. Irrthum „A. S.“ geordnet. — Hubton: Schft. Bllg. notirt u. Abz. geordnet. Wofa x. Bll. — Fruch: Wf. 250. — A. G. W. x. erh. u. Effectuation der Bllg. x. angeordnet. Blerpl. laust. Abz. notirt. Per P. R. am 20/8 Näheres. Fortsetzung prompt erwartet. — A. Rom. Bedord: Sh. 4. — per Ab. 3. Cu. u. Schft. erh. Katalog abgegangen. — P. M. Wg.: Wf. 5.60 f. Schft. erh. u. Ab. eingereicht. Katalog x. folgt. Sie thun gut, Ihre Aufträge auf noch Vorhandenes zu beschleunigen. — H. H. Argenteuil: Fr. 5. — f. Schft. erh. Bestig. u. gewünschte Beilage folgt. — Ch. Dablich St. Paul: Gröhe v. 19/8 erh. u. herz. erwidert. Zwei bleiben hier. Möglich, daß keine Bedenken zureichen; immerhin muß es gewagt werden. Durchgreifend liest sich am besten mit offenem Bllr. u. Hand am Knopf. — L. P. Wg.: Wf. 4. — f. Ab. Bll. u. Schft. erh. Rechnung stimmt. — A. Rother Holländer: Wf. 20. — Rückzahlung f. W. erh. u. Bll. am 2/9 Weiteres berichtet. — W. J. D. Haarlem: Die englische Post folgt keine Margine aus. Man erhält nur Werbung, daß ein Geldbetrag aus dem und dem Land vorliegt und gegen Nennung des Abnehmernamens zu erheben sei. Bllg. ist abgegangen. Gruß! — Beizebud: Schft. Bllg. ist am 3/9 abg. soweit effectuirt. Wf. — B. Wf.: Bllg. 34 folgt, sobald verhandelt. Bevor man nicht sieht, wie die Dinge draußen aussehen, sind kraftschwächende Neuunternehmungen unmöglich. Angeregt wurde der Gedanke auch Anderer. Möglich, daß Ihr D. mitingert. Außer Zweifel thun es keine Brodgeber. Gruß! — Claudius: Schft. Bllg. v. 1/9 folgt nach Vorchrift. Wofa x. Bll. — Lappländer: Wf. 1. — f. Schft. erh. u. Edg. bewirkt. „Wf.“ von St. erwarten noch und hoffen auf Fortsetzung. — H. Dalchow, Wimbledon: Kommt in nächster Nr.

**London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein**  
49 Tottenham Street.  
Samstag den 6. Sept., Abends Punkt 9 Uhr,  
**Vortrag von Bgr. W. Fuchs**  
über  
**Wie man Sozialist wird.**  
Samstag den 13. September  
**Vortrag von Bgr. W. Hoffmann.**  
In zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

**Große Preisherabsetzung!**  
Wir sind in den Besitz des Restes der amerikanischen Ausgabe von **Lassalle's sämtlichen Reden und Schriften** **Komplet in 3 Bänden** gelangt, die wir, um damit zu räumen, den Genossen zu wesentlich herabgesetzten Preisen überlassen wollen. Der bisherige Preis betrug: Wf. 12.— brochirt, gebunden Wf. 16.—. Von heute ab sind wir in der Lage, **brochirte Einzel-Exemplare zu Wf. 7.—** **Partienweise „ „ 6.—** liefern zu können. In Originaldecken gebunden stellt sich der Einzelpreis auf **Wf. 11.—**, der Partienpreis auf **Wf. 10.—**. Zahlreiche Nachfragen nach diesem bei uns längere Zeit hindurch vergriffenen Werke, das zu so billigen Preisen kaum je wieder angeboten werden dürfte, machen es wahrscheinlich, daß dieser Rest baldigst vergriffen sein wird, weshalb wir umgehenden Bestellungen entgegensehen.

Die zweite, total geräumte Auflage **Denkschrift I.**  
**Nach zehn Jahren**  
wird fortgesetzt stark verlangt.  
Wir richten deshalb an alle Bezüger, die noch Vorrath haben, das dringende Ersuchen, uns diesen käuflich zu überlassen und Stückzahl sofort mitzutheilen.  
**Denkschrift II.**  
liefern wir gegen baare Vorauszahlung, soweit der z. B. nur noch mäßige Vorrath reicht.  
**E. Bernstein & Co.,**  
114 Kentish Town Road, London NW.

**Für Amerika.**  
Unter bisheriges von Genosse A. Höhne für uns betriebenes **Zentral-Lager sozialistischer Schriften in Amerika,**  
184 William Street New-York,  
ist mit heutigem Tage in persönlicher Besitz von A. Höhne übergegangen.  
Wir bitten daher unsere Freunde und Genossen in Amerika, bei Bestellungen künftighin sich direkt an  
**A. Höhne, 184 William Street,**  
c/o „New-Yorker Volkszeitung“, New-York,  
wenden zu wollen, der alle eingehenden Bestellungen promptest effectuirt wird.  
London, 1. August 1890.  
**E. Bernstein & Co.**